



Veröffentlicht am 13. September 2013

Bericht des Bundesrates zu Open Government Data

Bern, 13.9.2013 - Der Bundesrat hat heute einen Bericht zu Open Government Data (OGD) in der Schweiz veröffentlicht. Er beauftragt das Informatiksteuerungsorgan des Bundes, bis Mitte 2014 einen Entwurf für eine OGD-Strategie zu erarbeiten und in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Bundesarchiv und der Bundeskanzlei die nationale Umsetzung von Open Government Data 2014 zu planen.

Die öffentliche Verwaltung produziert, verarbeitet und sammelt zahlreiche und vielfältige Daten in hoher Qualität. Beispiele dafür sind Statistik-, Geo-, Umwelt- oder Wetterdaten. Indem die Veröffentlichung und Wiederverwendung dieser Daten ermöglicht wird, erschliesst sich ein erhebliches Potential für eine effiziente und transparente Verwaltungsführung, wirtschaftliche Wertschöpfung sowie die sachpolitische Diskussion.

Grosses Potential von Open Government Data

Der Bundesrat hat heute in Beantwortung des Postulats 11.3884 «Open Government Data als strategischer Schwerpunkt im E-Government» einen Bericht zu OGD veröffentlicht. Darin werden die wesentlichen strategischen, organisatorischen, rechtlichen und technischen Grundlagen betreffend OGD dargestellt und der aktuelle Stand in der Schweiz ausgeführt. Das im Bericht aufgezeigte Potential von OGD kann heute in der Schweiz aufgrund zahlreicher Barrieren noch nicht vollständig genutzt werden: Das Fehlen eines nationalen Portals für Behördendaten, die ungenügende Standardisierung bei der Datenaufbereitung, uneinheitliche Nutzungsbestimmungen und geltende Finanzierungsmodelle hemmen die Nutzung von OGD. Das infolge des Postulats 2011 lancierte priorisierte E-Government-Vorhaben «B2.12 Open Government Data» wird vom Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) geführt und hat zum Ziel, diese Barrieren für eine schweizweite Umsetzung von OGD abzubauen.

Offene Daten in der Schweiz

Eine Veröffentlichung von Daten im Sinn von OGD kommt für jene Daten in Frage, die im Besitz der Verwaltung sind und deren Verwendung nicht einschneidend eingeschränkt ist, insbesondere aus datenschutz-, urheberrechts- und informationsschutzrechtlichen Gründen.

Die Publikation von Daten ist für verschiedene Bundesämter bereits heute Teil ihrer Kernaufgabe. Auch Kantone, Städte und Gemeinden stellen im Rahmen ihrer Verwaltungsaufgaben Daten öffentlich zur Verfügung.

Im Rahmen des priorisierten E-Government Vorhabens OGD wird ein Pilotportal «OGD@Bund» für Behördendaten des Bundes lanciert. Darauf stellen ab Mitte September 2013 das Bundesarchiv, das Bundesamt für Statistik, swisstopo, MeteoSchweiz und die Nationalbibliothek Teile ihrer bereits heute frei zugänglichen Daten zur Verfügung.

OGD-Strategie Mitte 2014

Um eine effiziente Umsetzung von OGD in der Schweiz sicherzustellen, ist eine national koordinierte Zielsetzung und Planung erforderlich. Der Bundesrat hat das ISB heute beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv (BAR) und der Bundeskanzlei bis Mitte 2014 eine nationale OGD-Strategie auszuarbeiten. Dazu gehören auch Abklärungen insbesondere betreffend Nutzungsrechten, Datenschutz, Veröffentlichungsprozessen sowie bezüglich Kompensationsmöglichkeiten von Gebührenausfällen. Weiter sollen der Übergang des Pilotportals «OGD@Bund» in ein nationales Portal für Behördendaten vorbereitet und die Standardisierungsarbeiten für ein Metadatenmodell und ein OGD-Datenmodell vorangetrieben werden.

Mehr über «Bericht des Bundesrates zu Open Government Data»

- [Open Government Data – Grundlagenstudie Schweiz 2013](#)
- [Katalog priorisierter Vorhaben](#)
- [OGD@Bund](#)
- [Open data Charter](#)

Dokumente

Bericht

pdf | 152 kb

Herausgeber

Der Bundesrat

www.admin.ch/gov/de/start.html

Themen

Bundesrat

Kriminalität

Telekommunikation

Bund und Kantone

Informatik und E-Government

Sicherheit

Statistik

Technologie